

3 MEHR RADFAHRERKONTROLLEN IN FREIBURG
Baden-Württemberg

4 ÜBER DIE US-WAHL
International

6 DIE MEHRWERTSTEUER - SO ODER SO REAKTIONÄR
BRD

8 GESCHLECHT ODER KLASSE?
Frauen

10 HUMBOLDT FORUM - DENKMAL DES IMPERIALISMUS
Berlin

12 PROBLEM? SEK!
Bremen

14 LEHRER GEGEN BILDUNGSSENATOR TIES RABE
Hamburg

16 KRANKENHAUS DICHT WÄHREND PANDEMIE
Nordrhein-Westfalen

18 „EHRENPFLEGAS“
Kultur

Liebe Leserinnen und Leser,

das neue Jahr begann mal wieder mit einem Ereignis, das das nächste jagt. In den USA hat sich die die Krise der Demokratie auch nach den Wahlen weiter gezeigt. Der „Sturm auf das Kapitol“ am 6. Januar offenbarte, dass die Herrschenden nicht mehr auf die alte Art und Weise regieren können und der Klassenkampf im Lande sich zuspitzt. In der „mächtigsten Demokratie“ der Welt werden auf einmal die eigenen Spielregeln nicht mehr befolgt. Selbst einige derjenigen, die durch das Wahlsystem der USA in ihre Posten auf dem Rücken des Volkes gehievt wurden, akzeptieren nicht mehr, wie das System funktioniert. Aber nicht, weil sie das System an sich ablehnen, sondern weil sie die Vorteile wollen für die Fraktion der Bourgeoisie, die sie vertreten. Aber alle haben sie ein gemeinsames Ziel – den Status des US-Imperialismus als einzige hegemonale imperialistische Supermacht zu erhalten. In dieser Ausgabe werfen wir darum einen nachträglichen Blick auf die US-Wahlen und ihren Zweck für den US-Imperialismus.

Dass nicht nur in den USA nicht mehr nach den „alten Regeln“ gespielt wird, zeigte sich auch dieses Jahr bereits in der BRD: Als anlässlich der traditionellen LLL-Demonstration, die jährlich dem Führer der russischen Revolution Lenin und den beiden Gründern der Kommunistischen Partei Deutschlands, Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg gedenkt, sich am 10. Januar einige tausend Leute in Berlin versammelten. Normalerweise gibt es bei dieser Demonstration kein großes Aufsehen, doch dieses Jahr griff die Polizei direkt zu Beginn mit voller Wucht die Demonstration an. Die Teilnehmer der Demonstration wehrten sich gegen die Angriffe der Polizei, die über eine Stunde dauerten. Am Ende wurden über 30 Leute verhaftet und dutzende verletzt. Auch auf Seiten der Polizei

gab es 17 Verletzte, die die Rechnung für ihren brutalen Angriff zahlten. Die Polizisten folterten Senioren, die bereits am Boden lagen, bedrohten Festgenommene mit dem Tod und prügeln auf Jugendliche ein, die sich nichts haben zu Schulden kommen lassen. Dass dieser Angriff von langer Hand geplant war und nicht von ein paar wild gewordenen Bullen spontan durchgeführt wurde, ist klar ersichtlich. So hat deutsche Staat beschlossen, nicht mehr nach den „alten Regeln“ zu spielen. Und das mitten in einem verschärften Ausnahmezustand und Wirtschaftskrise.

Da dieses Jahr auch die Bundestagswahlen anstehen, ist die Situation in den USA für uns auch von besonderem Interesse, denn auch hier zu Lande sehen wir, wie der Kampf zwischen den unterschiedlichen Fraktionen der Bourgeoisie durch ihre Parteien langsam an Fahrt aufnimmt. Der Streit um die Impfstrategie der Regierung ist einer der Reibungspunkte, an denen das zur Zeit deutlich zu sehen ist. Aber auch hier im Land steckt die parlamentarische Demokratie in einer starken Krise und sie werden uns wieder das Blaue vom Himmel versprechen, um unsere Stimme zu bekommen. Doch für die Revolutionäre steht in diesem Bezug nur eines auf der Agenda: den Wahlboykott zu entfalten! Und das im Dienste der Revolution in diesem Land, was der einzige Weg ist, wirkliche Veränderungen für die Arbeiterklasse und das Volk zu erreichen.

In dieser Ausgabe veröffentlichen wir unseren zweiten Artikel aus Nordrhein-Westfalen und hoffen, die RoPo auch in Zukunft weiter ausbauen zu können.

In diesem Sinne auf eine kämpferisches neues Jahr 2021!

Eure RoPo-Redaktion

IMPRESSUM

V.i.S.d.P.: Franziska Vogler, Blodigstraße 15, 80933 München

Eigentumsvorbehalt: Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitung einschließlich ihrer Beilagen solange Eigentum der/des AbsenderIn, bis sie den Gefangenen ausgehändigt worden ist. „Zur-Habe-Nahme“ ist keine Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Rote Post den Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie der/dem AbsenderIn mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzuschicken.

FREIBURGER POLIZEICHEF KÜNDIGT MEHR RADFAHRERKONTROLLEN AN

Jerry Clark, der Hauptkommissar der Freiburger Polizei, hatte in einem Interview mit der Badischen Zeitung angekündigt, dass die Freiburger Polizei im Jahr 2021 verstärkt Kontrollen bei Fahrradfahrern durchführen möchte. Begründet wird dies vor allem mit der Beteiligung von Radfahrern an Unfällen, als ob mehr Bullenkontrollen daran etwas ändern würden. Ja, es kam in den vergangenen Monaten immer wieder zu Unfällen, an denen Radfahrer beteiligt waren. Diese passieren allerdings hauptsächlich an Kreuzungen mit schlechter Straßenführung und beispielsweise, weil Räder sich für einen LKW im Toten Winkel befinden. Daran können einfache Polizeikontrollen gewiss nichts ändern.

Was das für uns bedeutet, ist klar. Noch mehr Bullenschikane, wenn wir durch unsere Stadtteile fahren, noch mehr unnötige Strafgebühren, die uns wegen Kleinigkeiten aufgebrummt werden, noch mehr Totos und Harrys, die sich aufspielen und auf „harten Mann“ machen und letzten Endes noch mehr Kontrolle und Überwachung des Staates gegen das Volk.

Natürlich ist es auch kein Zufall, dass diese Ankündigung in der aktuellen Zeit kommt. So dienen diese Maßnahmen der Durchsetzung des Ausnahmezustandes hervorragend. Während man sich bisher mit dem Rad relativ gut Polizeikontrollen entziehen konnte, was für viele Leute gerade aufgrund der Ausgangssperre sehr wichtig wurde, soll jetzt auch das zunehmend erschwert werden. Da die Schweine aktuell immer ab 20:00 Uhr durch unsere Viertel patrouillieren und Jagd auf jeden machen, der es wagt, bis dahin noch unterwegs zu sein, war das Rad bisher eine gute Möglichkeit, sich schnell und möglichst ungeschrien fortzubewegen. Das scheinen die Bullen auch verstanden zu haben und so werden jetzt neue Maßnahmen eingesetzt, um die Ausgangssperre durchzusetzen. Als ob sie nicht eh schon Tag und Nacht wie Besatzungstruppen in den Arbeitervierteln unterwegs sind und den Menschen dort das Leben schwer machen, wollen sie jetzt auch noch zusätzlich den angestiegenen Radverkehr stärker kontrollieren.

Was mehr Polizeipräsenz heißt, weiß jeder, der in einem Arbeiterviertel wohnt: Mehr Schikane, mehr

„Racial Profiling“, mehr Kontrolle. Im vergangenen Jahr haben die Bullen wiederholt bewiesen, wie sie ihre neuen Privilegien nutzen. Immer wieder kam es im ganzen Land zu Übergriffen durch die Polizei. Wenn man im Stadtteil Weingarten mit Leuten über Polizeigewalt spricht, gibt es kaum jemanden, der nicht selbst eine Geschichte erzählen kann.

Dass der Staat seinen Repressionsorganen immer mehr Befugnisse einräumt, ist Teil seiner Strategie zur Aufstandsbekämpfung. Aktuell befinden wir uns in der größten imperialistischen Krise seit Ende des Zweiten Weltkriegs. Eine Krise, die durch die aktuelle Pandemie noch weiter verschärft wird. Und auch wenn Deutschland einen großen Teil der Krise auf den Rücken der unterdrückten Nationen abwälzen kann, so merkt man die Auswirkungen doch auch hier.

Und während Multimilliardäre sich nach wie vor die Taschen vollschauflern, sind wir diejenigen, die hier als erstes die Konsequenzen tragen. Wir werden gefeuert und in Kurzarbeit geschickt, während die Chefs Kohle vom Staat kassieren. Auch kleine Unternehmer erwischt es schnell. Einige warten noch immer auf das ihnen versprochene Geld aus dem ersten Lockdown, und die Rücklagen sind langsam aufgebraucht. Kurz: Immer größere Teile der Bevölkerung geraten in Widerspruch zum herrschenden System und werden früher oder später anfangen, sich zu wehren. Die Aufstände in Frankfurt, Offenbach, Köln etc. waren erst der Anfang, und die Bourgeoisie versteht das. Es bleibt den Herrschenden nur noch die Gewalt, die offene Unterdrückung, um die Massen im Zaum zu halten. Warum sonst verbietet man uns, abends das Haus zu verlassen? Warum sonst sollen wir unsere Leute nicht treffen, aber trotzdem zur Arbeit kommen?

Auch folgendes muss gesagt werden: Die Befugnisse, die die Polizei jetzt bekommt, werden nicht einfach wieder verschwinden. Der Ausnahmezustand wird nicht einfach aufhören, nur weil man jetzt Impfstoffe entdeckt hat. Die aktuellen Maßnahmen sind ein Versuch des Staates, den Ausnahmezustand zu normalisieren. Entsprechend sollte man sich auch zu ihnen verhalten. •

DIE US-WAHL – ZWISCHEN WAHLERFOLG, KRISE UND PURER REAKTION

Zum Zeitpunkt, als dieser Artikel geschrieben wurde, liefen die Vorbereitung für die Amtseinführung von Präsident Joe Biden auf Hochtouren. Die Ereignisse, die für den 20. Januar in einigen bürgerlichen Medien in Aussicht gestellt wurden und was tatsächlich passierte, finden daher in diesem Artikel keine Beachtung.

Gut zwei Monate ist es nun her, dass die Herrschenden in den USA zu den Wahlen gerufen haben. Seit der Wahl mit allem drum und dran haben sich einige Tatsachen über die Situation der einzig hegemonialen Supermacht auf der Welt offenbart. Vom Wahlkampf, der von der Krise und der Verschärfung des Klassenkampfes in mehrerer Hinsicht geprägt war; über den Wahlzirkus, den die Herrschenden 2020 ganz besonders intensiv veranstalteten; bis hin zum für die parlamentarische Demokratie steinigen Weg bis zur Amtseinführung vom neuen Präsidenten Joe Biden. Der Kandidat der „Demokratischen Partei“ gewann mit knapp 81,3 Millionen Stimmen, für den amtierenden Präsidenten Trump („Republikaner“) stimmten gut 74,2 Millionen.

Zunächst einmal muss festgestellt werden, dass mit der Wahl das notwendigste Ziel, das die Imperialisten mit ihr erreichen mussten, erreicht werden konnte. Was sie geschafft haben, ist, gut 158 Millionen Menschen dazu zu mobilisieren,

tatsächlich wählen zu gehen. Das entspricht einer Wahlbeteiligung von rund 66,3 Prozent. Damit wurde eine historisch gute Wahlbeteiligung erreicht, die sich von den letzten Wahlen deutlich abhebt. Nachdem die Wahlbeteiligung seit der Wahl 1980 immer irgendwo zwischen 50 und 60 Prozent geschwankt hatte, ist 2020 ein Ergebnis deutlich über den 60 Prozent erreicht worden. Rechnen wir die Wahlberechtigten, die nicht abgestimmt haben, und die erwachsenen Menschen, die in den USA leben, denen aber das Stimmrecht aus unterschiedlichen Gründen verwehrt bleibt, sehen wir aber auch, dass die Nichtwähler weiterhin die stärkste Kraft sind. Allein die in den Tabellen aufgeführten Zahlen an zur Wahl zugelassenen Nichtwählern und nicht wahlberechtigten Erwachsenen ergeben zusammen über 108 Millionen Menschen; es ist zudem mit einer um einiges höher liegenden Zahl der aus politischen Gründen nicht wahlberechtigten Menschen zu rechnen.

Die Herrschenden, ihre bürgerlichen Medien und natürlich auch ihre höchsten Repräsentanten, Joe Biden und Donald Trump, hoben die Wahlbeteiligung nichtsdestotrotz immer wieder als einen angeblich großen Sieg für die bürgerliche Demokratie in den USA hervor. Warum gab es

eine so immense Notwendigkeit für den US-Imperialismus, eine hohe Wahlbeteiligung zu erreichen? Grundsätzlich ist jede bürgerliche Demokratie ihrem Kern nach auf die Legitimation durch die Massen angewiesen. Eine bürgerliche Demokratie lebt davon, dass das Volk, das in diesem Staat lebt, am Wahltag eine Stimme abgibt. Dabei ist nicht zentral, für welche Partei oder welchen

	Stimmen / Menschen in Millionen	Anteil der Stimmen an Zahl der Wahlberechtigten
Demokratische Partei	81,3	33,98 %
Republikanische Partei	74,2	31,00 %
Andere	2,9	1,21 %
Keine Stimmabgabe	80,9	33,81 %
Wahlberechtigt (insgesamt)	239,3	

Nicht wahlberechtigt aufgrund Verurteilung wegen Straftat (schätzungsweise)	5,2 (mindestens)
Nicht wahlberechtigte „illegale“ Emigranten (schätzungsweise)	10,9
Nicht wahlberechtigte „legale“ Emigranten (schätzungsweise)	11,4
Nicht wahlberechtigt (insgesamt; inkl. Kinder etc.)	88,9
Bevölkerung USA	328,2

Kandidaten diese Stimme abgegeben wird; das Zentrale daran ist, dass die Leute wählen. So steht die Bourgeoisie bei jeder anstehenden Wahl vor der Herausforderung, das Volk für diese zu mobilisieren – das Volk steht allerdings in einem großen Widerspruch zur Herrschaft der Bourgeoisie. Ein System, das auf Wahlen basiert, und darauf, dass die Leute entsprechend auch wählen gehen, verliert seine Legitimation, wenn nicht gewählt wird. Vor diesem Problem standen die Yankees auch vor der Wahl im vergangenen November wieder. Um es zu lösen, benutzen sie verschiedene Methoden und Tricks, um das Volk auf eine falsche Fährte zu locken, was sich dieses mal vor allem im Wahlkampf zwischen der Demokratischen Partei mit Joe Biden an der Spitze und der Republikanischen Partei mit Donald Trump äußerte. Die Fraktionen der Bourgeoisie unternahmen eine in der Größe nie dagewesene Propaganda für ihren Kandidaten und Diffamierung des Gegenüber.

Viele bürgerlichen Medien stellten es so dar – Trump, der Reaktionär und Faschist; Biden, der Fortschrittliche, der nach der „Ära Trump“ für Licht am Ende des Tunnels sorgt. Zum einen ist Trump kein Faschist, wie es viele behaupten, auch wenn er reaktionär durch und durch ist. Zum anderen verteidigte Donald Trump genau wie alle anderen US-Präsidenten auch die Herrschaft der Bourgeoisie in den USA und ist Anhänger des repräsentativen Systems – des Wahlsystems in den USA. Was Donald Trump gemacht hat, ist, die Reaktionarisierung des Staates auf unterschiedlichen Ebenen weiter voranzutreiben. Das Jahr 2020 ist ein Sinnbild dafür, Trump trieb besonders die Konzentrierung der Macht in den Händen des Präsidenten voran. Auch die teils faschistischen, aber in der Hauptsache reaktionären Milizen, die als Hilfsbullen für den Staat fungieren und Teil des Kampfes gegen die Massen sind, spielen hier eine immer größere Rolle. Die voranschreitende Reaktionarisierung des Staates ist aber nichts neues, was erst mit Trump entstanden ist, sondern wird von Regierung zu Regierung mehr entwickelt. Das ist nichts, was mit dem Ende der Amtszeit von Trump sein Ende finden wird. Es ist eine Gesetzmäßigkeit des verfaulten Imperialismus, dass jede Regierung, die auf eine vorangegangene folgt, noch reaktionärer

wird. Es ist ein Wesenszug des Verfalls des imperialistischen Systems, dass der bürgerliche Staat weiter und weiter reaktionarisiert wird. Entgegen allen Heucheleien, allen falschen Hoffnungen und Illusionen wird es also auch nicht so sein, dass sich mit der neuen Regierung rund um Joe Biden irgendetwas zum Guten ändern wird.

Selbstverständlich muss auch erwähnt werden, dass der Parlamentarismus in den USA sich in einer tiefen Krise befindet. Während seiner Amtszeit begann Trump schon damit, das Parlament wieder und wieder zu übergehen, was Teil der von ihm weiter forcierten Reaktionarisierung des bürgerlichen Staates ist. Hinzu kommen aber all die Ereignisse, die sich nach der Präsidentschaftswahl abgespielt haben – insbesondere ab dem Zeitpunkt, an dem klar wurde, dass Donald Trump die Wahl verloren hat. Angefangen mit dem angeblichen „Wahlbetrug“, dem Trump seiner Aussage nach zum Opfer gefallen ist, dann der Aufruf, Wahlergebnisse in bestimmten Bundesstaaten zu missachten, und letzten Endes als Höhepunkt die Ereignisse vom 6. Januar. Am 6. Januar heizte Trump seine Anhänger in einer Rede dazu an, das Kapitol in Washington zu stürmen, im Namen der Verteidigung seines Amtes als US-Präsident, was im Anschluss dann auch geschah. Es war im Endeffekt der letzte Versuch von Donald Trump, eine zweite Amtszeit für ihn zu erringen, entgegen aller Abläufe und gegen die Institutionen der bürgerlichen Demokratie und des Parlamentarismus. Es war nicht der erste Aufruf dieser Art, den der scheidende Präsident gemacht hat – schon im Sommer begrüßte er es, dass Demonstranten bewaffnet ein von den Demokraten geführtes Parlament im Bundesstaat Michigan stürmten. Dass der Präsident höchstpersönlich zu so etwas aufruft, ist ein Markstein für die große Krise des Parlamentarismus und der bürgerlichen Demokratie als der Teil der allgemeinen Krise des imperialistischen Systems. Und in den USA als der dekadentesten, parasitärsten und verrottetsten imperialistische Nation von allen zeigt sich diese große Krise des Systems ganz besonders deutlich. •

DIE MEHRWERTSTEUER – OB 16 ODER 19 PROZENT, REAKTIONÄR IST SIE SO ODER SO

Nachdem am 1. Juli des vergangenen Jahres das billionenschwere Konjunkturpaket der deutschen Bundesregierung in Kraft trat, das dazu dienen sollte, die Wirtschaft zu „retten“, ist eine der Maßnahmen mit dem Jahreswechsel nun ausgelaufen: Die Senkung der Umsatzsteuer, üblicherweise als Mehrwertsteuer bezeichnet. Ausgegebenes Ziel der Senkung war es, wie Finanzminister Olaf Scholz es damals formulierte: *„...dass die Bürgerinnen und Bürger eine mögliche Kaufentscheidung jetzt treffen und sie nicht ins nächste oder übernächste Jahr schieben.“* Die Kaufkraft der Leute sollte in Zeiten von Wirtschaftskrise, Kurzarbeit und Massenarbeitslosigkeit wieder steigen, indem Preise für Waren durch den Teilwegfall der Mehrwertsteuer sanken. So sollte der Konsum und damit die Wirtschaft angekurbelt werden. So viel zum Gerede der Herrschenden. Was damals mit großen Tönen gepriesen wurde, stellte sich jetzt aber als nichts als ein Tropfen auf dem heißen Stein heraus. Denn die Senkung der Mehrwertsteuer – von 19 Prozent auf 16 Prozent bzw. bei Produkten mit ermäßigter Steuer von 7 Prozent auf 5 Prozent – hat in dieser Hinsicht keinerlei Besserungen gebracht. Der von Olaf Scholz versprochene *„Wumms aus der Krise“* blieb aus.

In einer Studie kam das Ifo-Institut zum Schluss, dass ca. 6,3 Milliarden Euro an sogenannten Konsumeinnahmen durch die Maßnahme eingespielt werden konnten – 20 Milliarden hat sich der Staat die Maßnahme kosten lassen. Das macht ein bisschen deutlicher, dass sich hinter der Maßnahme ein anderes Ziel verbirgt: Große Monopole und „mittelständische“ angeschlagene Unternehmen sollten sich, um durch die erste Phase der Krise zu kommen, günstiger Anschaffungen wie z.B. Maschinen oder Fahrzeuge leisten können. Denn in den Geldsummen, in denen die operieren, lohnt sich die Senkung tatsächlich; da kann die Senkung um 3 Prozent einen Millionenbetrag bedeuten. Ähnlich wie ein Instrument der Krise 2008 / 2009, die Abwrackprämie, wird die Senkung der Mehrwertsteuer benutzt, um die großen Monopole durch die Krise führen. Dass es bei der Maßnahme nicht darum ging, uns wichtige Einsparungen in unseren Ausgaben zu beschern,

beweist jeder, der beim Einkaufen überhaupt nichts von dieser Senkung mitbekommen hat. Jeder Rabattgutschein, der von Discountern und Supermärkten hin und wieder mal in der Werbung im Briefkasten zu finden ist, hat da einen größeren Nutzen. Und während die Mehrwertsteuer mal kurz gesenkt wird, sind da all die anderen steigenden Preise – Miete, Bahnticket, Lebensmittel, Möbel – die *zusammengerechnet* tatsächlich eine Wirkung haben.

Dazu kommt, dass kleine Geschäfte – die laut Angaben des Staates ja ebenso von der Mehrwertsteuersenkung profitieren sollten – in den Zeiten des sogenannten Lockdowns, mit dem alle Geschäfte geschlossen wurden, keinerlei Möglichkeit hatten, aus der Maßnahme einen Gewinn zu schlagen. So wurde gerade mit den Schließungen seit Dezember letzten Jahres, mit denen das gesamte Weihnachtsgeschäft kleiner Geschäfte zerstört wurde, auch die Möglichkeit gestrichen, die Ausfälle des ganzen Jahres wenigstens etwas zu kompensieren. Wer kein Onlinehandel hatte, wurde so direkt zum Scheitern verurteilt, während große Monopole wie Amazon schwarze Zahlen in nie gekannten Höhen schrieben.

Wenn wir über die Mehrwertsteuer sprechen, fängt das eigentliche Problem allerdings schon viel früher an. Das Problem ist schon, dass sie überhaupt existiert. Die bürgerliche Definition der Mehrwertsteuer besagt:

„Die Mehrwertsteuer ist eine sogenannte Konsumentensteuer, die den Endverbraucher beim Kauf von Produkten oder bei der Erlangung von Dienstleistungen belastet. Die Steuer wird von Unternehmen auf ihre Waren und Dienstleistungen aufgeschlagen und über den Kaufpreis oder mit der Rechnungsstellung von ihren Kunden erhoben. Die vereinnahmte Steuer leiten die Unternehmen danach an das Finanzamt weiter.“

Das bedeutet also, dass jeder, der ein Produkt erwirbt, die Mehrwertsteuer von 19 Prozent bzw. den ermäßigten Satz von 7 Prozent zahlen muss. Diese 19 oder 7 Prozent errechnen sich anhand

des Nettopreises des Produktes. Den Nettopreis berechnen die Unternehmen so, dass beim Draufschlag der Mehrwertsteuer ihr anvisierter Bruttopreis herauskommt. Der Bruttopreis ist der, den wir am Ende zahlen – also 1,99€, 5,49€, 3€ etc. Die entsprechenden Nettopreise sind dementsprechend krumme Zahlen, wie z.B. 8,40336... Euro. Rechnet man hier die 19% Mehrwertsteuer drauf, erhält man den Brutto-, den Verkaufspreis von 10 Euro. Mit der gesenkten 16%-Mehrwertsteuer wären das aufgerundet 9,75€. Aber ob nun 19 oder 16 Prozent – die Mehrwertsteuer gilt für alle gleichermaßen. Jeder der ein Produkt kauft, zahlt auf dieses also den gleichen Steuersatz. Vollkommen unabhängig davon, ob man arm oder reich ist. Und genau das macht die Mehrwertsteuer so reaktionär. Egal ob man ein Arbeiter ist, der mit einem mickrigen Lohn seine Familie ernähren muss, eine Rentnerin, die, weil ihre Rente nicht zum Leben reicht, gezwungen ist, Pfandflaschen sammeln zu gehen, ein Arbeitsloser, der keine Arbeit mehr findet und mit Hartz IV klar kommen muss, oder ein Bonze, der so viel Geld hat, dass er es kaum ausgeben kann – alle zahlen die gleiche Mehrwertsteuer. So unterscheidet sich die Mehrwertsteuer auch von anderen Steuern. Andere Steuern werden auf fortschrittlichere Art und Weise errechnet (was nicht heißt, dass die

Steuern selber gut oder fortschrittlich sind) und der Satz tatsächlich daran gemessen, wie hoch das Einkommen ist; das ist bei der Mehrwertsteuer nicht der Fall. Alle werden gleich zur Kasse gebeten, aber nicht alle werden gleich getroffen. Jemand, der mit einem großzügigen Gehalt von 4000 Euro nach Hause geht, muss viel weniger Anteil seines Einkommens abdrücken als jemand, der nur 1200 Euro im Monat verdient.

Die Mehrwertsteuer ist also von Grund auf von arbeiterfeindlicher Natur. Ihre Senkung ist Teil gewesen des Ruderns dieses Staats, Wege zu finden, die nationale Wirtschaft in Schwung zu halten. Während große und mittelständische Unternehmen ihre wichtigen Käufe tätigen konnten, haben wir ein paar Euros beim Einkaufen gespart.

Da die Mehrwertsteuer alle gleichermaßen trifft, aber es in einer Klassengesellschaft riesige Unterschiede gibt, wirkt sie entsprechend diesen Unterschieden. Sie ist durch ihre *ungleiche Wirkung* nichts als Ausbeutung der arbeitenden Massen in diesem Land. Und nicht nur derjenigen, die arbeiten gehen – auch Schüler, Jugendliche und Kinder; auch Menschen ohne Einkommen werden besteuert. •

BILLIGER!

Gurken

Klasse: I
Ursprung: Deutschland
Stück

~~-.49~~ **Billiger!**
-.48

BILLIGER!

Gurken

Klasse: I
Ursprung: Niederlande
Stück

~~-.49~~ **Billiger!**
-.48

Wer hatte nicht das große Verlangen, Gurken „mit Rabatt“ zu kaufen, als die Mehrwertsteuer im Juli gesenkt wurde?

GESCHLECHT ODER KLASSE?

Wir haben einen Leserbrief einer Genossin zugeschickt bekommen, den wir gerne hier veröffentlichen:

Liebe RoPo-Redaktion,

der 8. März nähert sich wieder, und es wird wieder allerhand Demonstrationen geben. Das bedeutet notwendigerweise auch, dass wir uns intensiver mit dem bürgerlichen und kleinbürgerlichen Feminismus auseinandersetzen werden. Aber ich halte es für falsch, dass wir nur die ganze Zeit auf die Anderen schimpfen, sondern wir sollten uns auch mal selbst an die Nase fassen. Denn sind wir zu 100% rot? Nein, natürlich nicht. Auch wir sind in dieser bürgerlichen Gesellschaft formiert und haben dementsprechend ziemlich viel bürgerlichen Mist in unserem Kopf.

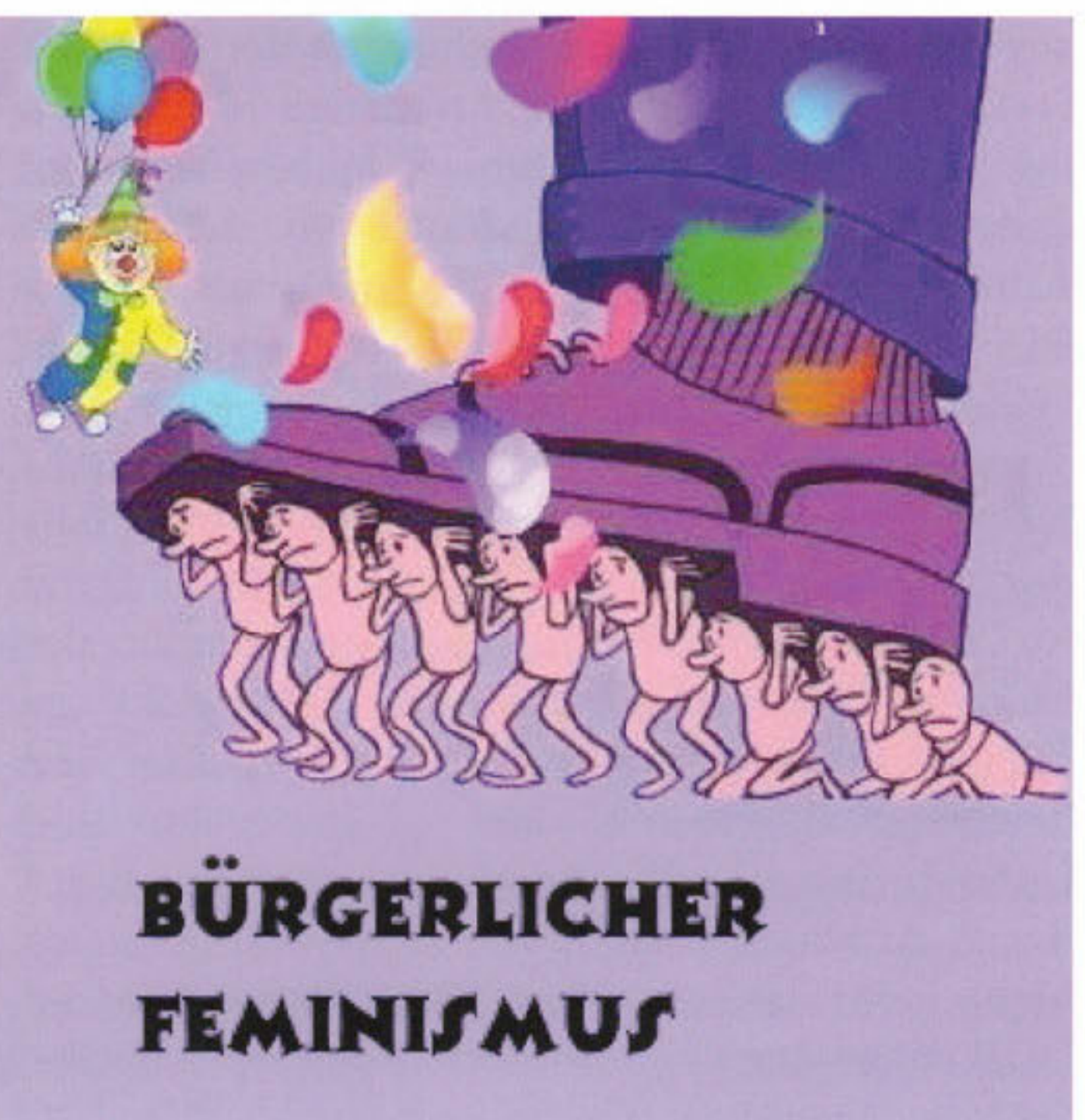
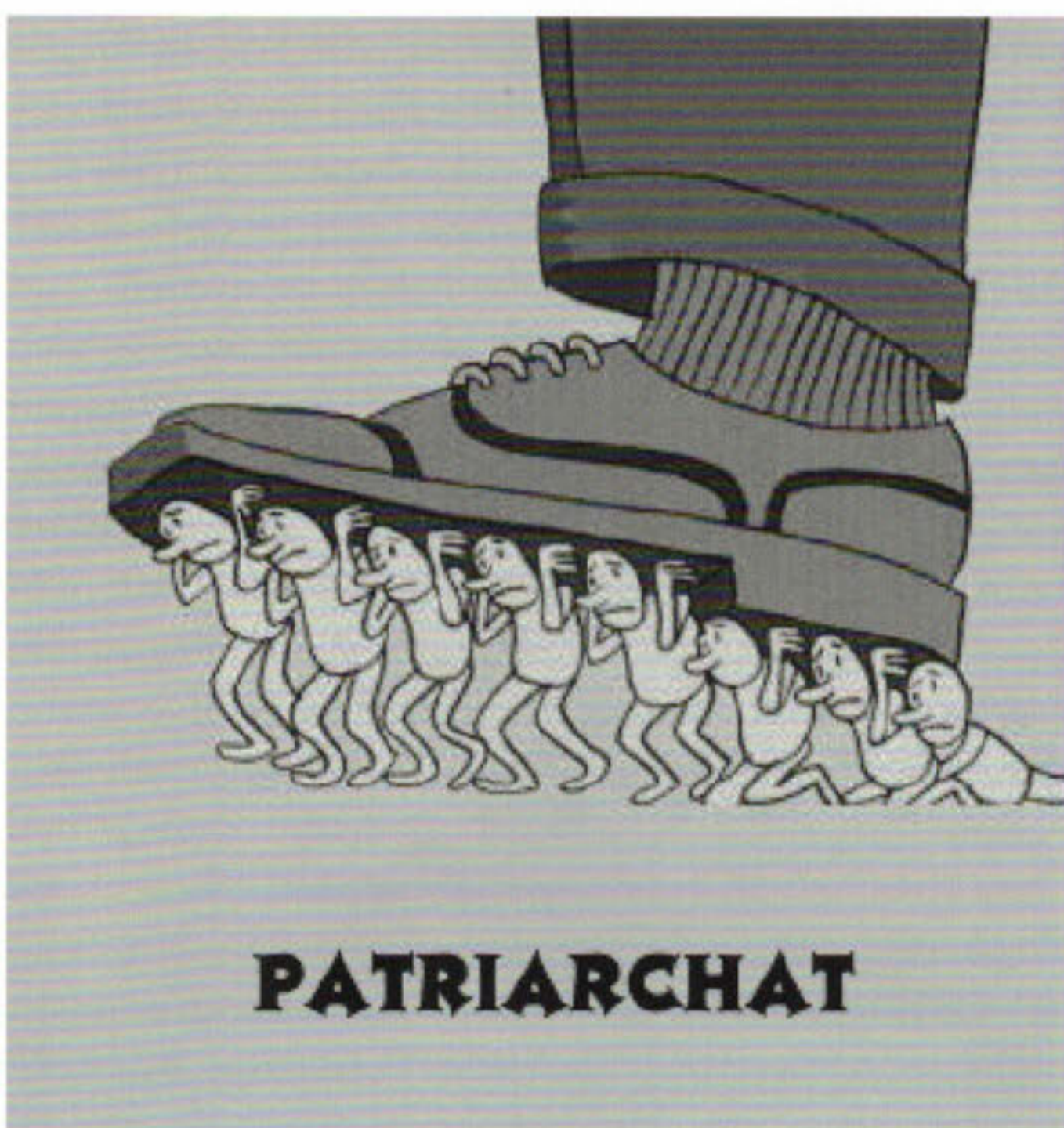
Deswegen möchte ich diese Gelegenheit nutzen und meine Meinung dazu hier veröffentlichen. Feminismus ist auf dem Vormarsch – nicht nur in der BRD, auch auf der ganzen Welt; er ist ziemlich populär. Aber wie das immer so ist, gibt es bei diesen populären Bewegungen ziemlich viele verschiedene Positionen, und bei manchen möchte ich am liebsten schreien, dass das NICHT der Feminismus ist. Denn bei manchen Sachen, die unter dem Titel „Feminismus“ laufen, wird mir schlecht. Aber zurück zum eigentlichen Punkt. Viele Leute in der Bewegung nutzen häufig den Begriff „Frauenbefreiung“, das scheint für Viele gut und richtig zu sein. Eigentlich kann man da ja auch nicht gegen sein – auf den ersten Blick. Aber ich habe mich mal ein bisschen damit in der Praxis beschäftigt, was darunter gängig verstanden wird. In erster Linie geht es darum, dass Frauen innerhalb des herrschenden Systems, also dem Imperialismus, „befreit“ werden. Und wie äußert sich das? Was kriegen wir die ganze Zeit von der bürgerlichen Gesellschaft eingetrichtert? Dass wir von Politik keine Ahnung hätten und auch kein Interesse daran zu haben bräuchten. Die Rebellion von den kleinbürgerlichen Feministinnen dagegen ist es dann, dass sie sehr wohl Politik machen. Allerdings nur in Fragen, die die Frauen direkt betreffen, z.B. in der Frage von Abtreibungen, der Reproduktionsarbeit oder dem ungleichen Lohn von Mann und Frau. In Essenz bedeutet das, dass

sie sich trotzdem aus der Politik raushalten. Sie überlassen das Weltgeschehen lieber den Anderen, also den Männern, und flüchten sich in das, was sie direkt zu betreffen scheint. Das ist jedoch nicht nur ein Phänomen von ihnen, sondern auch von Genossinnen. Wenn die Parole der Kommunisten und somit auch proletarischen Feministinnen in der BRD „Proletarischer Feminismus für den Kommunismus“ ist, sollten wir vielleicht auch wissen, wie Kommunismus geht, oder? Alles andere ist kleinbürgerlicher Unsinn und dient der Aufrechterhaltung des angeblichen Apolitismus der Frau und somit in Konsequenz der Bourgeoisie – also nichts mit Befreiung. Eine andere Sache ist, dass proklamiert wird, dass Frauen befreit seien, wenn sie sich wie Männer benehmen. Das äußert sich z.B. darin, dass sie anfangen, ihren Partner rumzukommandieren oder zu entscheiden, wer z.B. auf das Kind aufpasst, und den Mann wählen, weil sie ja selbst Frauen sind und es emanzipiert wäre, wenn der Mann dann eben nicht auf eine Demo geht. Das wird dann auf der Grundlage des Geschlechts und nicht der politischen Notwendigkeit entschieden. Damit wird aber letztendlich nur versucht, in der Beziehung der Geschlechter die bürgerlichen „Rollen“ zu tauschen, kurz gesagt in unserer Sprache die Rolle des Unterdrückers anzunehmen. Diese Umkehrung der bürgerlichen „Geschlechterrollen“ wird gerne propagiert von der bürgerlichen und kleinbürgerlichen Frauenbewegung. Mit ihr geht einher, dass gefordert wird, dass wir Frauen nach Jahrtausende langer Zuständigkeit für die Reproduktionsarbeit jetzt mal auch an uns denken sollten und uns das nicht bieten lassen sollten. Aber was wird dadurch propagiert? Extremer Individualismus, der sowieso schon im Allgemeinen in der bürgerlichen Gesellschaft seit Kindesbeinen in uns geprügelt wird. Aber jetzt wird er verstärkt vom bürgerlichen und kleinbürgerlichen Feminismus als eine fortschrittliche Innovation für Frauen verkauft. Alte Ideologie im neuen Gewand. Und was kommt dazu? Auf einmal spielt das Aussehen wieder eine riesige Rolle, wobei ja eigentlich dafür gekämpft wird, dass es keine Rolle mehr spielt. Und ich denke, dass jede das von uns kennt. Man steht vorm Schrank und sucht sich dann doch den kurzen Rock aus, weil man ist

ja emanzipiert und zieht das ja nur für sich an. So einfach ist die Sache nur leider nicht, denn das Patriarchat existiert weiter. Kann ich erwarten, dass ich mit Minirock und z.B. einem „individuellen“ Hairstyle von den Massen ernst genommen werde als Kommunistin? Nein. Warum sollte ich einen Minirock tragen, wenn ich auf eine Demo gehe? Warum sollte ich den herrschenden Vorstellungen einer Frau und ihrem Aussehen genügen, wenn es darum geht, unsere Klasse zu repräsentieren, zumal sich Hosen in bestimmten Situationen einfach auch als praktisch erwiesen haben. Wir sind keine Models, wir sind keine Dekoration. Und dann muss ich eben nicht schick aussehen, sondern auch darauf achten, wie ich mich kleide, wie ich rede, wie ich mich verhalte. Wir sollten uns unser Verhalten sehr bewusst machen und an allererster Stelle bei uns selbst anfangen und gucken, welche bürgerlichen und kleinbürgerlichen feministischen Standpunkte wir vertreten und als proletarisch-feministisch verkaufen.

Wir sind gegen die Idee der „Frauenbefreiung“. Bedeutet es wirklich Befreiung, nun so sein zu dürfen, wie der Unterdrücker? Nein, denn ich stelle mir, wenn ich an eine befreite Frau denke, vor allem eine befreite Gesellschaft vor, ohne jede Form von Ausbeutung und Unterdrückung, ohne Einfluss der Ideologie der Bourgeoisie. Aber wie können wir das erreichen? Hunderttausende

von Genossinnen machen uns das vor, wenn sie ihr Leben der Revolution widmen. Sie sind Bestandteil des Kampfes des Proletariats und den unterdrückten Völkern in allen Ländern. Sie führen den Kampf, teilweise schon bewaffnet, gegen den Imperialismus, aber sie kämpfen nicht unabhängig als Individuen voneinander. Sie sind vereint durch die Kommunistischen Parteien in den jeweiligen Ländern, sie sind deren Mitglieder, sie sind deren Kämpferinnen, sie sind deren Massen. Nun haben wir hier in der BRD noch keine Kommunistische Partei, aber das ist unser Ziel als Kommunistinnen und Kommunisten. Deswegen müssen wir alles dafür tun, dass diese so schnell wie möglich rekonstituiert wird, das ist schließlich auch unsere Aufgabe, denn unsere Befreiung müssen wir auch selbst angehen. Wir dürfen nicht auf die bürgerlichen und kleinbürgerlichen Geschichten hereinfallen, dass es ausreicht, in dieser Gesellschaft dieselben Rechte, dieselben Privilegien wie ein Mann zu haben, und wir wollen nicht Ausbeuter und Unterdrücker werden in diesem System. Wir wollen eine neue Gesellschaft, wir werden diese mit aufbauen. Und am Ende des Kampfes werden wir eine neue Gesellschaft mit neuen Menschen haben, die Ausbeutung und Unterdrückung nur noch aus den Geschichtsbüchern kennen. Wo all das Elend, welches der Imperialismus und das Patriarchat über die Milliarden von Menschen gebracht hat, Geschichte ist. •



BERLIN

DER DEUTSCHE IMPERIALISMUS SETZT SICH EIN DENKMAL: ERÖFFNUNG DES HUMBOLDT FORUM

Die Stadt Berlin hat in den letzten Monaten mal wieder tief in die Taschen gegriffen, um ihrer Rolle als Hauptstadt des deutschen Imperialismus gerecht zu werden. Im ideologischen und politischen Kampf setzen sie auf das Humboldt Forum, um vermeintlich deutsche Kultur abzufeiern und die eigene Stärke zur Schau zu tragen.

Seit kurzem steht auf der Museumsinsel wieder ein Hohenzollernschloss, zumindest fast. Hätte man das Schloss, das über 644 Millionen Euro verschlungen hat, nicht gebaut, hätte es vermutlich auch kaum einer vermisst.

Das alte Berliner Schloss brannte im Laufe des Zweiten Weltkriegs fast vollständig aus, und die Ruine wurde 1950 letztendlich in der DDR abgerissen. Das Preußentum wurde in der DDR, zurecht, als eine der wichtigsten Traditionslinien des deutschen Imperialismus verurteilt. Entsprechend sollten keine großen Geldsummen aufgewendet werden, um dessen Symbole zu restaurieren. Schließlich brach das preußische Adelsgeschlecht der Hohenzollern nicht nur den Ersten Weltkrieg vom Zaun, sondern gehört auch zu den Unterstützern Hitlers. Dies ist im Übrigen sogar rechtlich Grund, ihnen ihre Versuche, ehemaligen Familienbesitz wiederzubekommen, abzuerkennen. Trotzdem verhandelt der deutsche Staat aktuell mit Georg Friederich Prinz von Preußen, ihrem aktuellen Familienoberhaupt, anders als mit den Ländern, von denen die Artefakte der Ausstellung geraubt wurden. Die DDR-Führung ließ auf dem Gebiet ab 1973 den Palast der Republik errichten.

Nach der Annexion der DDR sollten die Symbole des besetzten Staates zerstört werden. Denn für die Herrschenden ist seitdem wieder der Moment gekommen, auf die Weltmacht zu schielen. Ein kritischer Umgang mit dem Teil deutscher Geschichte, der auf Expansion und Unterwerfung anderer Völker beruht, wird damit zu einer Blöße. Diese Blöße will man sich nicht mehr länger geben. Deshalb musste der DDR Palast der Republik fort und das preußische Schloss wieder her.

Pickelhauben-Disneyland

Komplett neu gebaut hat das Schloss keinerlei historischen Wert, zumal ein Flügel in modernem Design rangeklatscht wurde. So ist dieses Pickelhauben-Disneyland bei den Massen schon jetzt unbeliebt. Kaum einer hat auf ein weiteres Museum zu horrenden Kosten gewartet. Doch Berliner machen ihrem Ärger Luft. So klingen die Kommentare unter den Artikeln der Zeitungen beispielsweise so: „Für den Bonzenbau gibt es gar keine



Verwendung, da müssen eben andere Museen geplündert werden. Mit dem ganzen Geld für die Schlossattrappe hätte wir besser jedem Kind einen Platz im Kindergarten verschafft.“

Auch die Ausstellungsstücke haben es in sich, und das ist auch eines der Probleme, an denen sich viele Historiker stören. Denn bei vielen Objekten handelt es sich um Raubkunst. Vor allem vom afrikanischen Kontinent. Diese Kunstschatze wurden in den ehemaligen deutschen Kolonien oder bei Grabungen deutscher Archäologen im Ausland einfach gestohlen. Sogar Jan Böhmermann hatte dem „Benin-Bronzen“, einem gestohlenen Ausstellungsstück, einen Beitrag gewidmet. Der Botschafter von Nigeria hat im Namen der Regierung die Rückgabe der „Benin-Bronzen“ von der BRD gefordert, aber daraufhin bekam er nicht mal eine Antwort. So bleibt die Forderung seit 1972 ausstehend.

Die Kultur- und Kunstgeschichtsprofessorin der TU Berlin ist 2017 aus dem Beirat des Humboldt Forums ausgestiegen, mit dem Kommentar: „... wenn [die Geschichte] nicht unter dieser Bleidecke begraben wäre wie Atommüll, damit bloß keine Strahlung nach Außen dringt. Das Humboldt Forum ist wie Tschernobyl“ Sie trifft damit den Nagel auf den Kopf. Die Geschichte vieler Objekte bleibt nicht zufällig, sondern mit Absicht im Verborgenen, denn man soll nicht die hässlichen blutigen Krallen des deutschen Kolonialismus sehen, sondern die schöne goldene Kuppel.



Die goldene Kuppel mit dem Kreuz und Reichsapfel. Diese war übrigens nicht geplant, aber nach einer „anonymen Großspende“ hat man sich wohl umentschieden, und es wurde sogar „Im Gedenken an meinen Mann Werner A. Otto 1909 – 2011. Inga Maren Otto“ auf den Reichsapfel graviert. Es handelt sich hierbei um die Familie Otto, die seit mehreren Jahrzehnten zu den reichsten Familien Deutschlands zählen und deren Vermögen 2010 auf über 18,7 Milliarden US-Dollar geschätzt wurde. Was das mit dem Humboldt Forum und mit der Geschichte zu tun hat, weiß man allerdings nicht.

Das Vorenthalten der Kunstschatze entspricht der Logik dieses imperialistischen Systems. In diesem haben die unterdrückten Nationen Afrikas keine Forderungen zu stellen, sondern sich hinten anzustellen und die Klappe zu halten. Das sieht man auch praktisch zum Beispiel an der Forderung des Botschafters Nigerias, die ignoriert

wurde. Die Böden, Ressourcen und Schätze afrikanischer Nationen werden täglich durch die Imperialisten ausgebeutet. Mittels Plantagen, Minen und Sweatshops. Die historischen Kunstschatze der afrikanischen Völker sind da leider nur die Spitze des Eisbergs. Diese sind Symbol für die Unterwerfung afrikanischer Nationen und dem Umgang mit ihnen.

Berlin hat auch anderswo Spendierhosen an

Sich für ihre Ausgaben auf diesem Bereich abfeierend, macht die Stadt Berlin das gleiche in anderen Bereichen, vor allem dem Ausbau ihrer Militarisierung. So verfolgen sie den Plan des deutschen Imperialismus; ihr Prahlen und Feiern ihrer Vormachtsstellung basieren sie auf einem vermeintlichen ruhigen Hinterland. Dafür bauen sie nun unter anderem sie den Bahnhof Südkreuz weiter aus als sogenannter „Sicherheitsbahnhof“. Das bedeutet vor allem das Aufbauen neuer Barrieren und die Nutzung sogenannter „intelligenter Videoanalysetechnik“. Das ist eine Fortsetzung des Projektes, was an diesem Bahnhof bereits getestet wurde. Dort wurde seit dem August 2017 automatische Gesichtserkennung getestet. Zumindest legal ist der Ausbau davon zwar nicht, aber dass Geheimdienste und Polizei das ganze Problem der Legalität ihrer Methoden wenig interessiert, überrascht inzwischen auch niemanden mehr.

Ein weiteres bezeichnendes Bild für das Ausmaß der Polizeipräsenz und Militarisierung liefert ein Einsatz gegen einen mutmaßlichen „Islamisten“ in Berlin-Marzahn. Hier wurden gegen einen 15-Jährigen, der mutmaßlich in einem Chat über Absichten für ein Attentat gesprochen haben soll, rund 190 Bullen in einer Razzia eingesetzt. Gefunden wurde allerdings nichts, trotzdem ein top Anlass, das Viertel bei ihrer Heerschau mit Bullen zu füllen.

Wir sehen also, wofür die Stadt Berlin gerne Geld übrig hat – für Überwachung, Selbstbeweihräucherung oder Militarisierung. Nur für funktionierende Websites oder Materialien für den beschlossenen Online-Unterricht, mehr Bezahlung oder Einstellung Pflegern oder Ähnlichem fehlt es dann natürlich. •

PROBLEM? SEKI

Seit vergangenen März hat sich das Bild auf den Straßen dieses Landes verändert. Leere, weniger Menschen, Abstandsmarkierungen, Maskenpflichtszonen, geschlossene und pleite gegangene Geschäfte. Vieles ist verloren gegangen und wird nicht mehr wiederkommen – zu glauben, es würde wieder so werden wie früher, wäre eine Illusion. Wir sollten mit scharfen Sinnen darauf achten, *was* sich verändert. Eine Sache, über die 2020 in unserer Zeitung bereits viel geschrieben wurde, ist die Verstärkung der Polizeipräsenz in den Städten. Das äußert sich nicht nur in immer häufigeren regelmäßigen Kontrollen mit dem Vorwand „Corona“ durch die Behörden, sondern auch in *Einsätzen* der Polizei. Für einige mag es kaum verwunderlich sein, wenn gerade wieder ein Großeinsatz ist, da die ganze Situation im Augenblick ohnehin besonders ist. Tatsächlich steckt dahinter aber Struktur, wie oft die Polizei mit welcher Größe an Kräften es sich leistet, diese Großeinsätze durchzuführen.

Auffällig ist, dass in letzter Zeit immer harmlosere Konflikte einen Polizeigrößeinsatz „ausgelöst“ haben. Schauen wir allein auf den vergangenen Dezember zurück, war das ungefähr jede Woche ein Mal der Fall. Für Bremen ist das ziemlich viel. In Burglesum führte am 8. Dezember ein Streit zwischen einem Schüler und einer anderen Person, bei dem ersterer mit einem Messer leicht verletzt wurde, dazu, dass das SEK (Spezialeinsatzkommando) anrückte. Drei Tage später schossen die Bullen im selben Stadtteil einen

65-Jährigen an, der einen jungen Mann mit einem Messer bedroht haben, und als die Polizei kam, angeblich damit auf sie zugerannt sein soll. Der Mann soll weder Deutsch noch Englisch verstanden haben; die Polizei bat unmittelbar danach, keine gefilmten Videos von der Tat zu veröffentlichen. Wie schon bei Mohamed Idrissi, der im Juni in Gröpelingen ermordet wurde, erlaubt sich die Polizei, wenn sie das Klischee eines Ausländers mit Messer in der Hand sieht, zu schießen, und versucht danach, Dokumente der Tat geheim zu halten.

Am 16. Dezember soll ein Mann in Woltmershausen „randaliert“ und dabei Möbel aus seinem Fenster geworfen haben. Er war der Einzige in der Wohnung und stellte so für niemanden, außer Leute, die die Möbel aufn Kopp hätten bekommen können, eine Gefahr da. Natürlich musste auch hier sofort das SEK anrücken. Niemand durfte seine Wohnung verlassen, die Hauptstraße wurde gesperrt und der Stadtteil für eine Weile dadurch fast abgeschnitten vom Rest der Stadt. Und das SEK kam wie üblich, wie man so schön sagt, bis auf die Zähne bewaffnet. Wiederum zwei Tage später stürmte das SEK ein Hochhaus in der Bahnhofsvorstadt aufgrund eines Streits in einer Wohnung, in der sich Waffen befanden. Im Nachhinein hieß es, es sei bei dem Streit „offenbar auch ein Messer eingesetzt“ worden. Oder die volle Erklärung: „Weil dabei auch ein Messer eingesetzt worden sein sollte, kamen bei den Folgemaßnahmen auch Spezialkräfte zum Einsatz.“ Sie selbst haben das also nicht gesehen, sondern *irgendwer* hat das eventuell



„Neulich in Woltmershausen“

gesagt. Was sie wohl eher wussten, war, dass es in dieser Wohnung mit ziemlicher Sicherheit Waffen zu finden gibt.

Das waren allein diejenigen Großeinsätze, die infolge eines vergleichsweise kleinen Konfliktes, oder, weil irgendein Problem gemacht worden sein sollte, im Dezember durchgeführt wurden. Nicht zu vergessen der Einsatz am 5. Dezember bei der „Querdenker-Großdemo“, wo die Polizei trotz des Verbots am geplanten Versammlungsort ihr neues Sortiment präsentierte und mit Wasserwerfern, Pferdestaffel und Hubschraubern aufkreuzte, obwohl sich wenige Hundert Demonstranten und Gegendemonstranten letztendlich versammelten. Der Spaß kostet den Steuerzahler nach ersten Vermutungen eine Dreiviertelmillion Euro und war laut Innenressort der größte Polizeieinsatz der Geschichte Bremens. Nun, war das schon immer so, dass solche Polizeieinsätze zu kleinen Militärparaden werden? Als im Juli auf dem Dach eines Gebäudes der Universität ein vermutlich Verwirrter mit einer Eisenstange hantierte und einem anderen Mann damit hinterherlief, woraufhin ebenfalls ein kriegsbereites SEK anrückte, wurden uns ein bisschen Erinnerungen an den „Terroritag“ 2015 wach. Als damals große Panik über einen angeblich angekündigten Terroranschlag verbreitet wurde, stellte die Polizei Leute mit Maschinenpistolen vor und an drei „gefährdete Orte“. Das sorgte für viel Diskussionsstoff, weil derartige Bilder zu der Zeit noch völlig ungewöhnlich waren. Jetzt sehen wir dagegen, wie die Polizei jedes Messer, das gezückt worden sein sollte, zum Anlass nimmt, ihre Stärke zu präsentieren und ihre Präsenz zu festigen. Und dabei auch immer öfter abdrückt.



SEK-Einsatz an der Schule in Burglesum

Bremerhaven, wo, um die Nazis sicher abzuführen, eine nach der anderen Staffel eintraf, den Gegenprotest blockierte und anschließend einen Haufen Antifaschisten durch die Innenstadt jagte. Auch für die Bundespolizei sind die Zeiten des Friedens vorbei; sie bekommt zunehmend Einsätze in ganz alltäglichen Situationen für das Volk.

Im großen und ganzen betrachtet stellt man also fest, dass die Polizei auch in der Qualität, in der Art ihrer Einsätze einen Sprung gemacht hat. Unruhige Zeiten stehen bevor, und da reicht es für sie nicht, ausschließlich mehr zu kontrollieren und mehr die Plätze und Viertel zu besetzen. Da muss auch gelegentlich der „Ernstfall“ geübt und dabei die eigene Stärke demonstriert werden. Das geschieht heraus aus dem de facto Ausnahmezustand, den die herrschende Klasse, ohne davon offen zu sprechen, mit dem Vorwand des Infektionsschutzes ausgerufen hat. In der Zeit, wo viele Leute drinnen bleiben müssen, macht sich die Polizei auf den Straßen breit, und bereit für die Kämpfe, die diese Krise hervorbringen wird. Die Einsätze mit dem scharf bewaffneten SEK sind nur ein Vorgeschmack darauf, was uns in den nächsten Jahren erwartet. Und es wäre unklug, zu denken, dass so etwas nur andere treffen könne. Die Bilder von den hochmilitarisierten Einheiten sind eine ernstzunehmende Warnung, Bilder der Entwicklung eines Polizeistaats. •

Und auch die Bundespolizei, die 2020 begonnen hat, ihre Grenzen weit zu überschreiten und im Bereich der lokalen Behörden eingesetzt zu werden, läuft nicht nur schikanierend durch die Bahnhöfe und großen Straßen, sondern nimmt immer wieder an Großeinsätzen auf der selben lokalen Ebene teil. In Frage von Demonstrationen natürlich zahlreich am Tag der „Querdenker“-Demo im Dezember, aber z.B. auch im Oktober bei einer Faschodemo in

WIRRWARR AN HAMBURGER SCHULEN: LEHRER GEGEN HAMBURGER BILDUNGSENATOR TIES RABE

Die Lehrerinnen und Lehrer der Stadt Hamburg beschwerten sich. Zumindest tun einige dies offiziell. Die GEW (Gewerkschaft für Erziehung und Wissenschaft) hat vor kurzem zusammen mit einigen wenigen Schulen Hamburgs einen Beschwerdebrief gegen die Hamburger Schulpolitik in Zusammenhang mit den Corona-bedingten „Schulschließungen“ veröffentlicht. Nachdem die Bundeskanzlerin im Dezember 2020 ausgerufen hat, dass ab Mittwoch, den 16. Dezember 2020 bis zum 10. Januar 2021 „die Schulen grundsätzlich geschlossen“ werden, ist auf der Hamburger Homepage klargestellt worden: „Schulen bleiben bis zu den Weihnachtsferien offen“. Das bedeutet, dass zwar keine Anwesenheitspflicht herrscht; Hamburg möchte sich aber dennoch damit schmücken, dass es das Bundesland ist, was den Kindern und Eltern ermöglichen möchte, eine Betreuung anzubieten. Diese Idee klingt erstmal fair, ist in ihrer Umsetzung aber ohne jegliche Vorbereitungen mit Hamburger Schulleitern oder Lehrerinnen beschlossen worden.

Dass alle Schulen geschlossen haben sollten, aber die Hamburger Bildungseinrichtungen vom Schulsenator Ties Rabe aufgedrückt bekommen, dass sie Kinder im Fernunterricht und Kinder im Präsenzunterricht gleichzeitig unterrichten müssen, nennen die aufgebrachten Lehrerinnen und Lehrer „Pfusch mit Kalkül“. Wie soll das logistisch vonstatten gehen?

Mehrere Betriebsgruppen fordern darum, „einbezogen und gehört“ zu werden. Es ginge darum, dass die Lehrerinnen und Lehrer „Vertrauen in die Politik“ fordern. Die Bourgeoisie-Politik denkt aber nicht dran, das Handeln in den Schulen zu professionalisieren. Die Hamburger Schulen hatten nach der Presseerklärung der Kanzlerin zwei Tage Zeit, den Spagat zwischen dem Fern- und Präsenzunterricht zu planen. Monatelang hat der Schulsenator Ties Rabe die Lage in Hamburg heruntergespielt und gesagt, dass Kinder sich eher zu Hause anstecken. Das ist der gleiche Senator, dessen Regierung es versäumt hat, rechtzeitig eine Studie dazu in Auftrag zu geben. Angeblich ist nun endlich eine deutsche Studie in Auftrag gegeben worden, deren Ergebnisse im Herbst

2021 zu erwarten sind. In Österreich wird schon seit Monaten erforscht, inwiefern Schülerinnen und Schüler das Virus in der Schule verbreiten. 10.464 Schüler an 243 Schulen liefern erste klare Ergebnisse: Auch schon junge Kinder sind gleich häufig oder häufiger als erwachsene Altersgruppen mit dem Coronavirus infiziert und nehmen am Verbreitungsgeschehen teil (siehe medienportal.univie.ac.at).

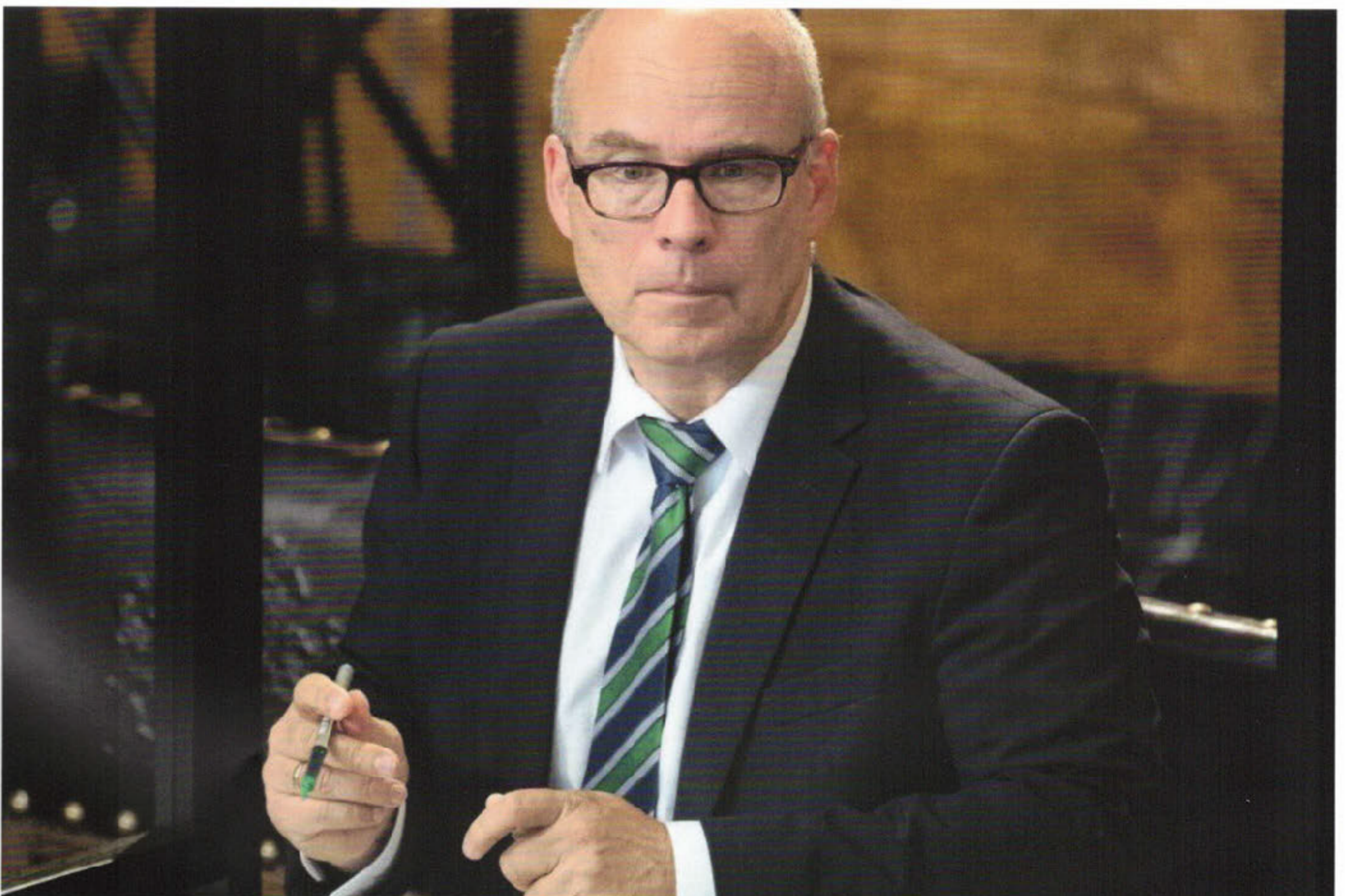
Anstatt Lockdown-Konzepte zu bieten oder von Schulen ausarbeiten zu lassen, wurde der Sommer und Herbst an Hamburger Schulen im Auftrag der Schulbehörde Hamburg dazu genutzt, Hygienekonzepte für den Präsenzunterricht zu erstellen. Das, was in wochenlanger Arbeit hätte vorbereitet werden können, nämlich das, was jetzt notwendig ist – eine Schulschließung mit der Möglichkeit für Kinder berufstätiger Eltern zur Schule zu gehen – wurde ignoriert. Die bürgerliche Presse macht unterdessen Stimmung gegen die Lehrerinnen und Lehrer, die die Stimme der Gewerkschaft nutzen und sich über die Berufsbelastung durch die mangelnde Vorbereitung auf das Hamburger Schulleben im zweiten Lockdown beschwerten. Sie unterstellt den Lehrkräften, die sich trauen, ihre Situation zu kritisieren, dass sie nicht an das Wohl der (vor allem benachteiligten) Kinder denken. Lehrer fordern über die GEW „Achtung der Leistung und Gesundheit“, und ein stellvertretender Chefredakteur tut so, als wollen die Lehrerinnen und Lehrer keine Kinder mehr unterrichten.

Hier ist die Antwort für alle Leute, die „mehr Vertrauen in die Politik“ fordern: Dieses politische System ist nicht vertrauenswürdig. Die Handhabung der Pandemie hat natürlich auch Auswirkungen auf die Schule, da das Virus eine echte Bedrohung ist. Die Politik setzt Zeichen in der Gesellschaft durch die Schulschließungen, um am Ende wieder Milliarden in deutsche Unternehmen wie VW zu pumpen, die schlichtweg schon 2018 schlechte Zahlen aufgrund der Überproduktion geschrieben haben. So rettet die Regierung ihren eigenen Arsch. Es ist Merkel und Co. vollkommen egal, wie es den einzelnen Lehrern geht und ob sie

wirklich Kapazitäten haben, sich ordentlich um alle Schülerinnen und Schüler zu kümmern. Und, dass das SPD-verliebte Hamburger-Abendblatt kritische Stimmen der Gewerkschaft für Erziehung und Wissenschaft verurteilt, passt mit in dieses Theater. Ein künstliches Aufregen der Menschen, denen es gut geht in diesem Land, die – wenn dieses faule politische System nicht gestoppt wird – keinen Nachteil, sondern wieder einmal nur Gewinn aus allem schlagen werden. Lehrerinnen und Lehrer als Beamte des Staates kritisieren, dass die Kultusminister ihnen gegenüber eine „Fürsorgepflicht“ hätten und sie aber jetzt in dieser Situation „gegen die Wand laufen“ ließen. Quelle ist das Beschwerdevideo „Forderungen an die Bildungspolitik“ von Lehrerinnen und Lehrern auf Youtube von Bob Blume. Ein Lehrer bringt es auf den Punkt: Es ginge darum, den äußeren Anschein zu wahren, aber nicht um konkrete Lösungen und Verbesserungen. Auch das Format „Panorama“ im NDR berichtet unter der Überschrift „Schulschließungen: Wankelmut und Wirrwarr“ darüber. Hier äußert sich auch der Schulleiter

Philipp Scholz aus Hamburg. Er musste gegen die Vorgaben der Behörde handeln, um prophylaktisch schon mal einen Lockdown vorzubereiten. Er hat bedürftigen Schülerinnen und Schülern schon vorzeitig einen Laptop entliehen. An seiner Schule konnten viele Jugendliche nun schnell im Lockdown lernen. An anderen Schulen in Hamburg war für die Ermittlung und Verteilung von Endgeräten offiziell nur ein Zeitfenster von zwei Werktagen angesetzt: Nach der Pressemitteilung der Bundeskanzlerin am Wochenende bis zur „Schulschließung“ am darauffolgenden Mittwoch.

Langsam fängt es an, auch den Beamten und Beamtinnen unangenehm zu werden; ein Schicksal, dass Millionen Proletarier tagtäglich noch härter erleiden. Auch die Lehrerinnen und Lehrer dürfen nicht mehr auf die Herrschenden reinfallen und Hilfe und Schutz von dem Verursacher dieser Situation fordern. Sie müssen ihre Fähigkeiten in den Dienst des Volkes stellen, und so einen Beitrag für die Revolution leisten. •



Sieht planlos aus, weiss aber bestens, wie man dem Volk schadet: Der Hamburger Bildungssenator Ties Rabe

KRANKENHAUSSCHLIESSUNG INMITTEN DER PANDEMIE

Zum Jahreswechsel hat das St. Vincenz Krankenhaus in Essen-Stoppenberg seinen Betrieb eingestellt. Einige Monate vorher ist das Marienhospital in Altenessen geschlossen worden. Jetzt gibt es im Essener Norden nur noch ein Krankenhaus, das Philippusstift in Borbeck. Anstelle dass wie zuvor drei Krankenhäuser für die Versorgung der um die 200.000 Einwohner in den nördlichen Bezirken IV, V und VI bereitstehen, gibt es jetzt nur noch das eine.

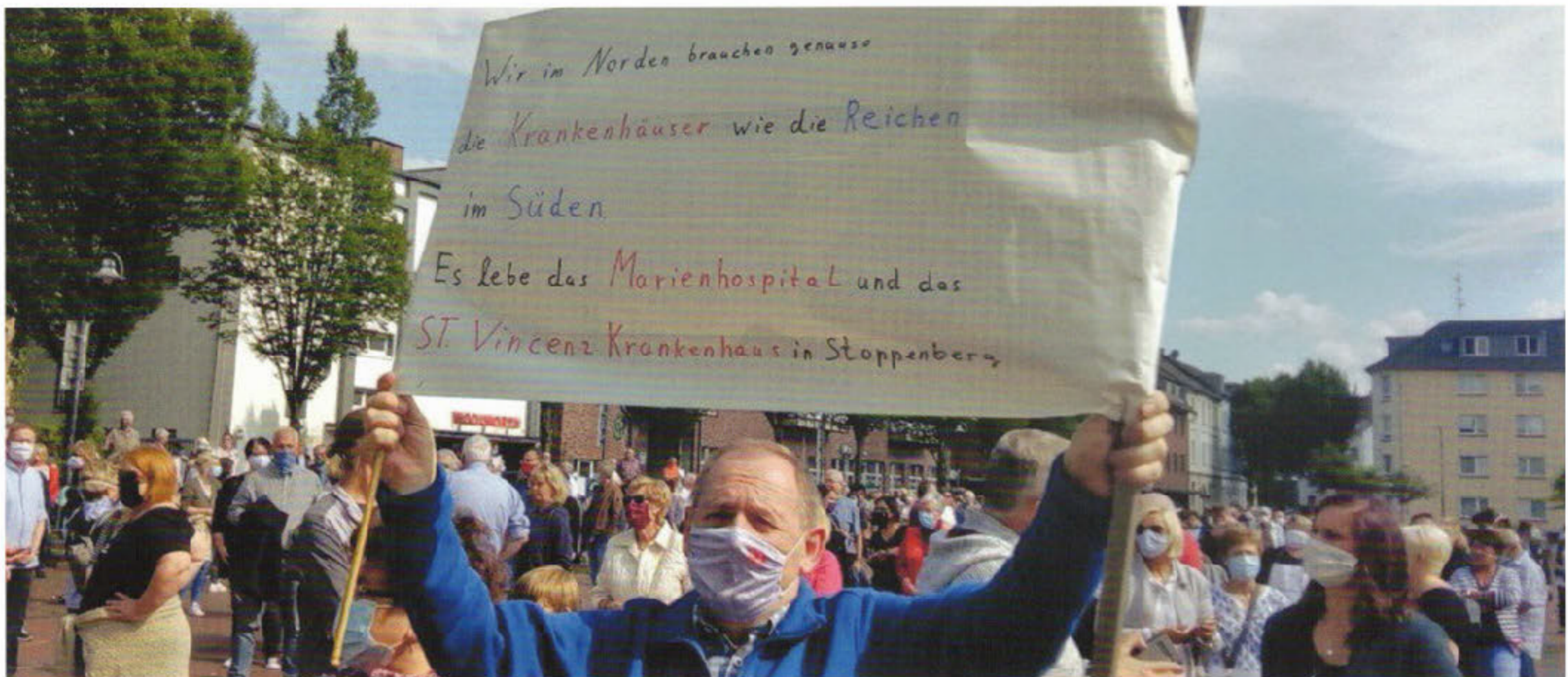
Damit ist klar: Die Schließung der Krankenhäuser verschlechtert die Qualität der Gesundheitsversorgung im Norden der Stadt erheblich. Mit den Schließungen ist fast die komplette stationäre Behandlung in dem Teil der Stadt weggebrochen. So gibt es jetzt beispielsweise in keinem der Bezirke mehr eine Entbindungsstation, und Schwangere müssen einen weiten Weg bis zur nächsten Entbindungsstation auf sich nehmen. Als Patient aus dem Essener Norden muss man jetzt weitere Wege auf sich nehmen, um eine entsprechende Behandlung zu erhalten.

Dies sind auch die Sorgen der Leute in Stoppenberg. So erzählte eine Mutter, dass sie Angst davor habe, dass sich ihre Tochter bei einem Unfall verletzen könnte und keine rechtzeitige Versorgung möglich sei. Zwar soll der Rettungsdienst der Feuerwehr in

Stoppenberg erhalten bleiben, aber das kann sich auch noch ändern. Anstelle ein Krankenhaus im Stadtteil zu haben, sind die nächsten Krankenhäuser jetzt das sieben Kilometer entfernte Uniklinikum im Stadtteil Frohnhausen oder das knapp acht Kilometer entfernte Philippusstift in Essen-Borbeck. In akuten Notfällen wie bei Herzinfakten zählt jede Minute für lebensrettende Maßnahmen, durch längere Transportwege zu den Krankenhäusern wird so das Leben der Bevölkerung aufs Spiel gesetzt.

Besonders wichtig waren die Krankenhäuser auch, weil auch die ambulante Versorgung, etwa die Dichte der Hausärzte und Praxen, in dieser Ecke der Stadt, wie häufig in den bevölkerungsreichen Arbeiterstadtteilen, völlig unzureichend ist. Der Großteil der Arztpraxen befindet sich im zentralen bzw. südlichen Teil der Stadt. Für Kranke bedeutet das längere Anfahrzeiten zu den Krankenhäusern und längere Wartezeiten. Darüber hinaus führt das Ausweichen der Menschen auf andere Krankenhäuser natürlich dazu, dass diese einer höheren Belastung ausgesetzt sind, was vor allem in der aktuellen Pandemie schnell zu einem großen Problem werden wird.

Dieser Einschätzung folgen auch viele Ärzte der Stadt Essen und haben sich in einem offenen Brief an die Stadt Essen sowie an die Landes- und



Proteste gegen angekündigte Krankenhausschließungen letzten Juli

Bundespolitik gewandt. Sie sagen, dass schon vor der Schließung ambulante Routine-Eingriffe nicht mehr völlig abgedeckt werden konnten. Als konkretes Beispiel ist die Schließung des Kreißsaales im Alfred-Krupp-Krankenhaus zu nennen. Über Weihnachten sei es dort zum Beispiel aufgrund des Personalmangels nicht möglich gewesen, die Sorgfaltspflicht gegenüber den Patientinnen zu gewährleisten, da es an Personal und Ausrüstung fehle. Mit der Schließung der Krankenhäuser verschärft sich diese Situation noch weiter.

Wieso also das Ganze? Natürlich wegen Geld. Die Contilia GmbH, die ein privater Krankenhausträger in Essen ist, besitzt nach der Schließung der beiden Krankenhäuser im Essener Norden noch sieben weitere Krankenhäuser und mehrere Pflegeeinrichtungen. Die Contilia gab eine Studie in Auftrag mit dem Ergebnis, dass die Krankenhäuser zu unwirtschaftlich seien, da es zu viele Krankenhäuser in Essen gebe. Das letzte Krankenhaus im Essener Norden soll deshalb zu einem Musterkrankenhaus und zum Zentrum der medizinischen Versorgung werden. Dafür wurden die Fachkliniken dem Philippusstift angeschlossen. Doch die reguläre medizinische Gesundheitsversorgung schrumpft trotzdem weiter. Die Contilia ist also der Meinung, dass für ca. 40% der Bevölkerung von Essen ein Krankenhaus ausreichen soll. Anteilseigner der Contilia GmbH sind unterschiedliche katholische Stiftungen wie die „St. Elisabeth Stiftung Essen“. Diese besitzt 73% der Anteile an der Contilia GmbH und ist dem Bistum Essen, sprich der katholischen Kirche unterstellt. In ihrem letzten Finanzbericht von Ende 2019 gab das Bistum Essen an, ein Vermögen von 373.200.000€ zu besitzen. Zusätzlich erhielt die Contilia zum Ausbau ihrer Infrastruktur 94.000.000€ vom Gesundheitsministerium in NRW. Die viel gepriesene „christliche Nächstenliebe“ im Leitbild der Contilia endet am Geldbeutel Kirche. So war es schon immer. Aus Profitgründen wird nun die Gesundheit eines großen Teils der Essener Bevölkerung aufs Spiel gesetzt; dass es dabei unsere Klasse besonders hart trifft, ist den Pfaffen des Bistums herzlich egal.

In Essen gab es seit Beginn der Pandemie bis Anfang Januar über 200 Tote in Verbindung

mit dem Corona-Virus. Es hört sich irrwitzig an, dass in einer Pandemiesituation zwei Krankenhäuser in einer Stadt geschlossen werden. Heißt es doch von den Gesundheitsministern, es gebe zu wenig Kapazitäten im Bereich der Gesundheitsversorgung, besonders Pflegekräfte werden gesucht. Dieser Mangel an Kapazitäten wird dann als Begründung für die Einschnitte in unsere Grundrechte benutzt. Statt den Gesundheitssektor zu erweitern, sprich mehr Krankenhäuser zu bauen und mehr Pflegepersonal auszubilden, wurde eine ganze Reihe von Gesetzen erlassen und Beschlüsse getroffen, die der Polizei erlauben Versammlungen zu verbieten oder die Bewegungsfreiheit der Menschen einzuschränken. Wir sollen zu Hause eingesperrt werden, weil der Ausbau des Gesundheitssektor zu teuer sei. Dass die Contilia einen Teil des Personals auf die Straße setzt, ist umso zynischer. Auch wenn das Klinikpersonal schnell eine Anstellung in einem anderen Krankenhaus finden wird, ist es doch ein Ausdruck davon, dass es der Contilia mit der Schließung der Krankenhäuser nicht um Menschen, sondern um Profite geht.

Die Schließung der Krankenhäuser hat vor allem in Altenessen und in Stoppenberg Proteste ausgelöst. Die Bewohner der Stadtteile haben sich zusammengeschlossen und wollten nicht hinnehmen, dass man ihre Gesundheit und in Notfällen sogar ihr Leben aufs Spiel setzt. Immer wieder gab es Kundgebungen, offene Briefe und Bürgerbegehren. Das Ziel war die Aufrechterhaltung der Gesundheitsversorgung im Essener Norden. Die Stadt Essen hat diese Begehren abgelehnt, da ein Gutachten zu dem Schluss gekommen ist, dass die Gründung einer öffentlichen Krankenhausgesellschaft zu teuer sei. Die Koalition aus CDU und Grünen im Stadtrat hatte hingegen noch beteuert, den Wegfall der Krankenhäuser kompensieren zu wollen. Die Idee der Stadtverwaltung ist jetzt ein Krankenhaus-Neubau. Doch gibt es dafür keine konkreten Pläne oder Beschlüsse. Wann dieser Neubau beginnen soll, steht überhaupt noch nicht fest, und solange sind die Bewohner im Essener Norden darauf angewiesen, weite Strecken bei Notfällen in Kauf zu nehmen. •

„EHRENPFLEGAS“, EIN SCHLAG INS GESICHT FÜRS PFLEGEPERSONAL

Wir veröffentlichen an dieser Stelle einen von einem Leser uns zugeschickten Kommentar.

Gefühlt jeder, der in der Pflege arbeitet oder mit Leuten zu tun hat, die in der Pflege arbeiten, hat in den letzten Monaten von der neuen Serie der Bundesregierung mitbekommen. Um neue Menschen für eine Ausbildung in dem ohnehin schon unattraktiven Pflegeberuf zu begeistern, hatte das Familienministerium der Bundesregierung den Plan geschmiedet, mit einer hippen und lustigen Serie einen Einblick in die Pflegeausbildung zu ermöglichen. Was wohl kaum jemanden wundert: Gerade bei den Leuten, die die Serie angeblich repräsentieren will, kommt sie gar nicht gut an.

Die Miniserie ist mit einer Gesamtlaufrzeit von ca. einer halben Stunde in wirklich jeder einzelnen Sekunde, in der sie läuft, nichts mehr als eine Aneinanderreihung von Klischees, falschen Eindrücken und dem überaus peinlichen Versuch, irgendwie jung und cool zu wirken.

Das erste, was einen skeptisch werden lässt, ist schon mal der Titel. Gut, wir kennen es alle. Alte und reiche Politiker versuchen verzweifelt, die Jugend anzusprechen, soweit so „lustig“, soweit so peinlich.

Doch dann fällt bereits in der ersten Minute auf, dass die Hauptperson als ein scheinbar minderbemittelter Idiot dargestellt wird, der die Ausbildung nur angefangen hat, um, wie er sagt, Cash zu kassieren und zu chillen.

Und diese Hauptperson bleibt eben während der ganzen Serie ein fauler Idiot. Zu keinem Zeitpunkt in der Serie muss er irgendetwas an seinem Verhalten ändern. So wird unter anderem der Anspruch der Pflegeausbildung herabgesetzt. Die Message: Du kannst ein fauler Penner sein, dem das alles egal ist, die ganze Zeit faulenzten und trotzdem abkassieren. Zurecht fühlen sich also Pfleger aus der ganzen BRD angegriffen, wenn man ihre Ausbildung so darstellt, zumal der Protagonist Boris auch nichts weiter ist als ein wildes Mischmasch aus Klischees und Ressentiments gegenüber Jugendlichen aus der Arbeiterklasse. Dazu dann

noch ein paar Witze über Demente und eine völlig überzogene Darstellung davon, was sich Pflegeschüler angeblich so alles leisten können, und fertig ist der Rohrkrepiierer.

Die Ablehnung ihrer Darstellung in der Serie bringen Pflegekräfte beispielsweise wie folgt zum Ausdruck: „Bitte geht nie in ein Krankenhaus oder Pflegeheim. Die dort arbeitenden Pflegefachpersonen können nicht denken. Das ist die Botschaft.“ Der Deutsche Berufsverband für Pflegeberufe äußerte sich wie folgt: „Die Darstellung der Anforderungen an Pflegefachpersonen in der Miniserie „Ehrenpflegas“ verletzt Selbstverständnis, Ethos und Pflegefachlichkeit der Berufsgruppe.“

Während wir unsere Hauptperson dann in der Serie begleiten, begegnen uns an allen Ecken und Enden weitere Klischees und absolut falsche Darstellungen. So wird zum Beispiel in der ersten Folge gezeigt, dass sich eine Schülerin angeblich im ersten Lehrjahr von der Ausbildungsvergütung einen schicken Cabrio leisten könnte. Jeder Schüler und jeder Pfleger, der weiß, wie es ist, wenn man schon in der Mitte des Monats pleite ist, weil der eh schon miese Ausbildungslohn zum Großteil für die Miete draufgegangen ist, fühlt sich von dieser widerwärtigen Verzerrung zurecht einfach absolut verarscht.

Diese Serie, die von Politikern in Auftrag gegeben wurde, von denen wahrscheinlich kein einziger jemals in einem proletarischen Job gearbeitet hat, stellt Arbeiter in der Pflege, die zu schlechtem Lohn und bei noch schlechteren Arbeitsbedingungen in kaputtgesparten, überbelegten, von Personalmangel gezeichneten Pflegeeinrichtungen arbeiten müssen, als dumme und faule Idioten dar, die auf ihrer Arbeit nur chillen und ihre alten Patienten respektlos mit „Alter“ und „Bruder“ ansprechen.

Ist das der Eindruck, den diese Leute von uns haben? Wie realitätsfremd die Sicht der Produzenten ist, zeigt sehr eindrücklich auch die oben erwähnte Szene mit dem Auto oder ein Gespräch, in dem eine der Pflegeschülerinnen



Großflächige Werbung für die neue Staatsproduktion

davon redet, sich von ihrem Beruf irgendwann ein Loft leisten zu können.

Am Ende wurde also mit 700.000 Euro Steuergeldern ein halbstündiger Film gedreht, der nichts anderes tut, als Pfleger zu beleidigen, Jugendliche aus der Arbeiterklasse als Idioten darzustellen und ein völlig falsches Bild des Berufs zu vermitteln, für den er vorgibt, zu werben. Die Wut, die zahlreiche Pfleger wegen der ihnen entgegengebrachten Arroganz empfinden, ist absolut gerechtfertigt. Doch so beleidigend diese Serie auch sein mag, sie ist nur eines von vielen Symptomen der zynischen Politik der herrschenden Klasse. Sie ist nichts weiter als ein halbherziger Versuch, Jugendliche für einen Beruf zu rekrutieren, der schon seit Jahrzehnten auf dem absteigenden Ast ist.

Pflegeeinrichtungen werden kaputtgespart, es werden bis zum Maximum Patienten aufgenommen, und während die ganze Zeit von Personalmangel gesprochen wird, werden unter

der Hand einfach Leute gekündigt, befristete Verträge auslaufen gelassen oder ganz einfach niemand mehr eingestellt. Jetzt, wo eine Pandemie die Stationen füllt und den Bonzen auf einmal einfällt, dass Krankenpfleger ja „systemrelevant“ sind, heuchelt man dann Solidarität. Einmal um 21:00 alle raus auf den Balkon und klatschen. Aber was bringt uns das?

Das ändert nichts daran, dass wir schlecht verdienen und viel zu viele Patienten gleichzeitig betreuen müssen. Es ändert nichts daran, dass wir teilweise, selbst wenn wir Corona-positiv sind, zur Arbeit kommen müssen und wir nicht mal mehr verdienen, wenn wir uns auf Corona-Stationen einem zusätzlichen Risiko aussetzen.

Solange weiter Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen privatisiert werden, solange an allen Ecken und Enden gespart wird, um möglichst großen Profit aus der Versorgung der Menschen zu ziehen, solange Gesundheit eine Ware ist, wird sich daran nichts Wesentliches ändern. •



DEMVOLKEDIENEN.ORG

Täglich neue Nachrichten von Kämpfen in den Vierteln, Entwicklungen in der BRD sowie aktuelle Informationen über den Widerstand in den unterdrückten Nationen auf deutsch und englisch.

KONTAKT:

ROTEPOST@GMX.DE

TERMINE IM FEBRUAR

BREMEN:

Café Rebellion - BDP-Haus (Am Hulsberg 136)
Jeden Mittwoch - geöffnet ab 17 Uhr

FREIBURG:

Café Popular - Linkes Zentrum iadelante!
Jeden 1. und 3. Sonntag im Monat - 13 Uhr

